

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

29.8.1932 (No. 201)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
J. B.:
G. A. Seyfried
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und vorbehalten werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwanngewaltiger Betreibung und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Beantwortung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volkshefte, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Letzte Nachrichten

Vor der Kanzlerreise nach Neudorf

Eine Woche politischer Entscheidungen

BRN. Berlin, 29. Aug. (Priv.-Tel.) Die Ausführungen des Reichskanzlers in Münster sind der Auftakt dieser Woche, die wichtige innerpolitische Entscheidungen bringen wird. Heute, Montagabend, fährt der Kanzler mit einigen seiner nächsten Mitarbeiter nach Neudorf. Parallel dazu verfahren sich am heutigen Montag die meisten Fraktionen im Reichstag und im Preussischen Landtag, da beide Parlamente am morgigen Dienstag zusammentreten. Das Kernstück des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung sieht man allgemein in der Einführung der Steueranrechnungsscheine, durch die eine erst für später mögliche Steuerermäßigung schon jetzt zur Ankurbelung der Wirtschaft mobilisiert werden soll. Aber auch diese Maßnahme ist natürlich im Zusammenhang mit den übrigen Plänen zu werten, mit denen die Reichsregierung die Krise überwinden will.

Morgen Reichstag

BRN. Berlin, 29. Aug. (Tel.) Im Reichstag finden heute Fraktionsberatungen statt. Die nationalsozialistische Fraktion versammelt sich nachmittags um 5 Uhr beim Parteiführer Adolf Hitler im „Kaiserschloß“. Er will den Abgeordneten dort seine Richtlinien für die Politik der nächsten Zeit mitteilen und sie durch Handschlag verpflichten. Die erste Fraktionsberatung der Nationalsozialisten findet am Dienstagvormittag statt. In dieser Sitzung wird auch über die Anträge Beschluß gefaßt werden, die die Fraktion im Reichstag einbringen will, insbesondere über ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett Papen.

Zur Eröffnungssitzung des Reichstags am Dienstag, den 30. August, sind sämtliche Fraktionen eingeladen. Für die Sitzung werden die in großen Parlamentsgebäuden üblichen Sicherheitsmaßnahmen getroffen. Sie soll von der Kommunistin Clara Zetkin als Alterspräsidentin geleitet werden. Die 230 Nationalsozialisten wollen morgen in Uniform zur Sitzung erscheinen. Man befürchtet, daß allein die Tatsache, daß eine kommunistische Führerin das Alterspräsidium übernimmt, zu erregten Szenen in der Sitzung führen wird.

Die Präsidentenwahl soll erst auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen des Reichstags gesetzt werden. Präsident Loh, der nicht mit seiner Wiederwahl rechnen kann, verabschiedete sich bereits heute nachmittags vom Personal des Reichstags. Nach parlamentarischer Gepflogenheit, stellt die größte Fraktion des Reichstags den Präsidenten. Die Nationalsozialisten werden sich erst in ihrer morgigen Sitzung darüber schlüssig machen, wen sie als Kandidaten präsentieren wollen. Wie verlautet, haben sie die Absicht, den früheren Reichstagspräsidenten Brüder für diesen Posten vorzuschlagen. Daneben wird auch der Abg. Dr. Fabricius genannt. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß das Zentrum bereit ist, den Anspruch der Nationalsozialisten auf den Präsidentenstuhl anzuerkennen. Da auch die Deutschnationalen für einen Nationalsozialisten stimmen werden, so wäre dessen Wahl zum Präsidenten gesichert, selbst wenn die Kommunisten für den bisherigen Präsidenten Loh oder für einen anderen Sozialdemokraten eintreten wollten.

Schwere Kämpfe in Mukden

Angriffe der Chinesen

BRN. Mukden, 29. Aug. (Neuer-Tel.) Starke chinesische Abteilungen unternahmen in den frühen Morgenstunden einen Angriff, der zu schweren Kämpfen in der Stadt selbst und in ihrer Umgebung führte. Tanks und alle verfügbaren japanischen Truppen, Genbarmen und Polizisten wurden eingesetzt. Angriffsziele der Chinesen waren u. a. der japanische Flugzeughafen, die Funkstation und das Arsenal. Im Arsenal und im Flughafen brachen Feuerbrände aus. Bei Tagesanbruch war der schwere Kampf noch im Gange.

Der chinesische Außenminister

gegen die japanischen Bestrebungen

BRN. Nanjing, 29. Aug. (Tel.) Der chinesische Außenminister erklärte zu dem kürzlich vom Grafen Uchida in Tokio gemachten Ausführungen über die japanische Politik in der Mandchurie, es werde in der Mandchurie keinen Frieden und keinen Wohlstand geben, solange nicht alle japanischen Truppen zurückgezogen seien. Zu dem Beschluß Japans, den mandchurischen Staat anzuerkennen und eine Armee in der Mandchurie zu belassen, erklärte der chinesische Außenminister, von Japan allein hänge die Wiederherstellung und Verbesserung der chinesisch-japanischen Beziehungen ab. China werde niemals einen Fußbreit Boden oder ein Souveränitätsrecht unter Zwang abtreten.

„Graf Zepelin“ zur Südamerikafahrt gestartet

BRN. Friedrichshafen, 29. Aug. (Tel.) Heute früh um sechs Uhr ist „Graf Zepelin“, der gestern Frankfurt a. M. besuchte, mit Dr. Eddner und sechs Passagieren an Bord zur Fahrt nach Südamerika gestartet.

Falsche Gerüchte über Dr. Luther. Die Gerüchte über einen angeblich bevorstehenden Rücktritt des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther entbehren, wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, jeglicher Grundlage.

Der Termin für die Kommunalwahlen in Sachsen ist auf den 13. November festgesetzt worden.

Das Programm des Reichskanzlers von Papen

Autoritative, unabhängige Regierung — Auseinandersetzung mit Hitler — System der Steueranrechnungsscheine — Keine Gefährdung der Währung — Auflockerung der Tarifverträge — Festhalten an den Grundrechten der Verfassung

Reichskanzler von Papen hielt am Sonntag auf der Tagung der westdeutschen Bauernvereine die angekündigte Rede, die über alle deutschen Sender geleitet wurde. In der Rede führte er aus:

Die Aufgaben der Regierung, die ich zu leiten die Ehre habe, beschränken sich nicht auf wirtschaftliche oder politische Einzelarbeit, wir wollen den Grund legen für einen Neuaufbau des deutschen Staates. Wir wissen, daß der Mensch die letzten Dinge der Welt nicht der eigenen intellektuellen Entscheidung unterwerfen kann und darf. Wir erkennen vielmehr an, daß wir bindende Glieder in einer von Gott gegebenen Ordnung sind. Das nenne ich konservative Gesinnung. Die Pflege christlicher Erziehung in Familie und Schule muß deshalb am Anfang jeder Staatspolitik stehen. Konservative Gesinnung fordert

eine Staatspolitik, die auf Autorität begründet ist. Sie muß stark und unabhängig sein, damit von ihr Gerechtigkeit ausgehen kann und alle Ordnung der Gesellschaft, der Selbstverwaltung und der Wirtschaft in ihr einen festen Halt finden. Sie darf kein Spielball sein für die Kräfte der Gesellschaft, für Parteien und Einzelgruppen.

Den Urteilen in Ohlau und Bentzen ist von rechts und links eine Stellungnahme gegen die gleichmäßige Handhabung des Rechts gefolgt. Beide Seiten verlangen, den politischen Gegner außerhalb der Volksgemeinschaft und außerhalb des Rechts zu stellen. Im politischen Kampf sollen Tödschlag und Rache erlaubt, der Gegner vogelfrei sein; Objektivität gilt als Schimpf. Solcher Verwilderung der politischen Moral entgegenzutreten, ist die Pflicht der Staatsgewalt. Die Ziellosigkeit, die aus dem Ruf des Führers der NSDAP. spricht, paßt schlecht zu dem Anspruch auf die Staatsführung. Ich verstehe ihm nicht das Recht zu, die Minderheit in Deutschland, die seinen Fährten folgt, allein als die deutsche Nation anzusehen und alle übrigen Volksgenossen als Fremde zu behandeln. Wenn ich heute gegen Hitler für den Rechtsstaat eintrete, so verfolge ich und nicht er das Ziel, das Millionen seiner Anhänger im Kampfe gegen die Parteiherrschaft gegen Willkür und Ungerechtigkeit jahrelang mit heißem Herzen herbeigesehnt haben.

Zu den wirtschaftlichen Fragen

Keine Autarkie, aber Regelung der Einfuhr

Selbstverständlich wird die Regierung der Landwirtschaft, die der Born ist, aus dem die Nation immer erneut sich verjüngen muß, mit aller Kraft helfen. Aber die harten Erfahrungen langer Jahre haben uns gelehrt, daß einseitige Hilfe nichts nützt. Die Reichsregierung hat es schon oft ausgesprochen, daß die verständnisvolle Förderung des Binnenmarktes die erste Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft bedeutet. Sie lehnt den Gedanken einer grundsätzlichen Autarkie ab, weil Deutschland nicht auf seine wirtschaftlichen Beziehungen verzichten kann und jede Arbeitsgelegenheit ausnutzen muß, die ihm der Auslandsmarkt heute noch bietet. Die Grundlage der Ernährung allerdings muß im Binnenlande sichergestellt sein. Die Interessen unserer Ausfuhr und unseres Binnenmarktes werden nur mit gewissen Schwierigkeiten in Übereinstimmung zu bringen sein.

Ich kann aber versichern, daß sich die Reichsregierung grundsätzlich zu der Notwendigkeit einer weiteren maßvollen Regelung der Einfuhr bekennt. Für die Zwangslage, aus der heraus diese Maßnahmen ergriffen werden müssen, werden Inland und Ausland Verständnis haben; denn es ist ja nicht richtig, daß, wie es aus den Ausführungen des Herrn Präsidenten durchklang, unsere gegenwärtige Lage allein verursacht worden sei, durch falsche deutsche Wirtschaftspolitik. In Deutschland ist die Krise, welche die ganze Welt erschüttert, als Folge seiner Kriegsverluste und der Reparationen viel früher ausgebrochen. Sie hatte viel schwerer gehaucht, als in irgendeinem anderen Lande, weil neben der Kapitalzerstörung durch die Inflation die plötzliche Entziehung von Milliarden von Reichkapital die Produktion und Konsumtion von Grund auf neu erschüttert hat. Diese Not findet ihren furchtbaren Ausdruck in der Arbeitslosigkeit. Wenn wir jetzt den Grund zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft legen wollen, so müssen wir es nach folgenden Grundgedanken tun:

Keine Währungsversuche und kein Staatskapitalismus. Unsere Währung darf nicht gefährdet werden, wir wollen auch keine Abwertung der Mark und wir wollen keine ausgelagerten Experimente machen, wie es der Herr Reichsbankpräsident kürzlich sagte, da Deutschlands Wege zunächst durch eine Gläubigertreue führen würde, der weitere Millionen zum Opfer fallen. Die wichtigste der wirtschaftlichen Kräfte ist die persönliche private Initiative.

Die Reichsregierung lehnt alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab. Der privaten Initiative gilt es, wieder Vertrauen zur Zukunft einzufößen. Schien doch bisher jeder Versuch, der Wirtschaft Hilfe zu bringen, unnütz, weil jede wirtschaftliche Leistung doch nur aus dem Danaidenfaß der Reparationen geschöpft wurde. Aber heute ist dieser Druck endlich von uns genommen.

Der Kanzler glaubt an die Krisenwende überall im Ausland, namentlich in Amerika, wie Joeben Präsident Hoover ausgeführt hat, hat das Ergebnis von Lausanne Hoffnung und neues Leben hervorgerufen. Es wäre wahrlich an der Zeit, daß auch wir uns daran erinnern, daß seit Lausanne wieder die Früchte unserer Arbeit uns selber zufallen. Damit ist die erste Voraussetzung für die Belebung der wirtschaftlichen Initiative gegeben.

Die Regierung ist entschlossen, im großen Rahmen den Versuch zu machen, durch eine Belebung der Privatwirtschaft zur Neueinstellung von Arbeitskräften und zur Verminderung der Zahl der Arbeitslosen zu gelangen.

Wir gehen bei unserer Überlegung davon aus, daß eine Reihe von wichtigen Anzeichen darauf hindeuten, daß das längste Stück des Weges, der uns vom Boden der Krise führt, von dem aus der Wiederaufstieg beginnen kann, nunmehr zurückgelegt ist.

Deutschland gesamter Produktionsapparat muß zunächst instandgesetzt werden, um an dieser Belebung teilzunehmen. Der Einsatz, der für diese Zwecke zu machen ist, muß genügend groß sein, damit die beabsichtigte Wirkung eintritt. Dieser Einsatz wird sich auf eine Summe von mehr als 2 Milliarden Reichsmark belaufen, und zwar über diejenigen Summen hinaus, die für Notstandsarbeiten und Arbeitsbeschaffung ausgeworfen wurde.

Die Verhandlungen über die Durchführung dieses Programms im einzelnen und seine Finanzierung sind schon weit vorgeschritten. Insbesondere hat auch die Reichsbank ihre Mitwirkung zugesagt. Wir beabsichtigen, folgenden Weg zu beschreiten:

Steueranrechnungsscheine

Es sollen für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie der Umsatzsteuer, der Realsteuer und der Verzehrungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden, Steueranrechnungsscheine gegeben werden, auf die in den Rechnungsjahren 1934/35 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern, mit Ausnahme der Einkommensteuer bezahlt werden können.

Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen handeln. Diese Scheine werden mit einem Agio versehen werden, dadurch also den Charakter eines Darlehens des einzelnen Pflichtigen an das Reich erhalten. Diese Ausstattung der Scheine wird es ermöglichen, sie sofort als Kreditmittel zu benutzen, und sie werden daher eine Unterlage für die Vereinnahmung und Durchführung neuer oder bisher zurückgestellter Aufträge sein, und dadurch die Möglichkeit schaffen, neue Arbeitskräfte — und das ist ja das Maßgebende — in den Arbeitsprozess einzufügen.

Darüber hinaus wird die Reichsregierung einen Betrag von weiteren 700 Millionen in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmungen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 RM. in Scheinen gegeben werden. Wird der Betrag voll ausgenutzt, so werden 1 1/2 Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können. Wird dies gelingen, so würde dies einen ganz großen Erfolg bedeuten.

Auflockerung der Tarifverträge

Diese Maßnahmen werden aber nur dann die Wirtschaft in Gang bringen, wenn das Problem auch von der Seite der Arbeit angefaßt wird. Man wird den Arbeitgeber ermächtigen, indem er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen, genau umgrenzten Umfang, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterbrechen, und zwar werden die Tariftsätze innerhalb dieser Grenze in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft ist.

Der Lohn wird aber nicht im gleichen Ausmaß ermäßigt werden dürfen, wie die Belegschaft ansteigt, damit die in dem Betrieb bezahlte Gesamtlohnsumme nicht nur erhalten bleibt, sondern sich sogar noch erhöht.

Die Reichsregierung beabsichtigt, das Tarifrecht einschließlich des Schlichtungswesens in seinem wesentlichen Inhalt aufrechtzuerhalten. Unsere Tarifverträge sind aber immer noch zu starr und nehmen auf die besonderen Verhältnisse der einzelnen Gebiete, Betriebe und Arbeitnehmergruppen nicht genügend Rücksicht. Besonders am Herzen liegt mir die Erhaltung der Produktionsstätten. Ich halte es für notwendig, für diese Fälle nunmehr im Verordnungswege Abhilfe vorzunehmen. Alle diese Maßnahmen werden zunächst einer Übergangszeit dienen; sie werden deshalb auf 12 Monate befristet. Sie sollen es der Wirtschaft ermöglichen, sich aus ihrer bisherigen Erstarrung zu lösen und ihren eigenen Gesehen zu folgen.

Zwei Milliarden für Neubebauung der Wirtschaft
Ich weiß, daß diese Maßnahmen noch nicht all das enthalten, was Sie von mir erwarten und was die Aufgabe der Regierung ist. Ich erwarte aber, daß der gewaltige Anstoß, den unsere gesamte Volkswirtschaft durch eine Befruchtung um etwa 2 Milliarden Reichsmark und eine zusätzliche Beschäftigung von 1 bis 2 Millionen Arbeitsloser erfährt, auch die Lage der Landwirtschaft direkt oder indirekt bessern wird. Ferner aber sollen die 12 Monate, in denen jede Nothilfe abläuft, dem organischen

Um- und Neubau unseres Staats- und Wirtschaftslebens
dienen, der die eigentliche Aufgabe unserer Zeit ist.
Der Reichskanzler kündigte weitere Maßnahmen zur Vereinfachung der Verwaltung und der Finanzreform an. Ganz besonders ernst ist die Lage des akademischen Nachwuchses. Hier plant die Reichsregierung, zunächst die Zwischenhaltung eines praktischen Jahres zwischen höherer Schule und Hochschule anzuzeigen und durchzuführen, und gleichzeitig den Hochschulen die unabwendbare Pflicht nahelegen, nach diesem Jahr auf jede nur denkbare Weise die Zahl der Studenten dem Bedarf der Berufe anzugleichen.

Der Reichskanzler erklärte zum Schluß: Ich halte es für meine Pflicht,
Störungen dieses Wertes durch die Einflüsse der Parteien abzuwehren.

Der Grundgedanke der Reichsverfassung, die Staatsgewalt geht vom Volke aus, kann nicht bedeuten, daß diese Staatsgewalt dem taktischen Spiel der Parteien im Parlament ausgeliefert werden soll. Wenn heute von einer Koalition zwischen Zentrum und NSDAP gesprochen wird, an die ich nicht glauben kann, weil sie dem ganzen antiparlamentarischen Bessensinn der NSDAP widerspricht, so wäre der geheime Grundgedanke solcher Koalitionen doch wohl nur, daß die eine Partei die andere zu vernichten sucht. Ich frage, ob die Not des deutschen Volkes in dieser Stunde wirklich noch ein solches Kulissenpiel verträgt.

Andererseits denken wir nicht an eine Abweichung von den Grundrechten der Verfassung oder gar an einen Wechsel der Staatsform.

Die Verfassung selbst hat in der Institution des Reichspräsidenten dem Spiel der Parteien gegenüber den ruhenden Pol geschaffen. Von dieser zugleich autoritären und demokratischen Gewalt, die sich uns in der Person unseres Reichspräsidenten von Hindenburg darstellt, hat die Reichsregierung die Berechtigung und den Auftrag ihres Wirkens.

Unser Glaube an die Zukunft der Nation ist so unerschütterlich wie der jener Millionen, die einst auf den Schlachtfeldern für sie geblietet haben. Und deshalb rufe ich heute dem Lande zu: „Denkt nur an Deutschland!“ (Starker, anhaltender Beifall.)

Ein Interview mit dem Reichskanzler

Ein Redaktionsmitglied der Rheinisch-Westfälischen Zeitung hatte mit Reichskanzler v. Papen eine Unterredung, in der der Kanzler u. a. ausführte, er freue sich, daß mit dem Programm, das die Reichsregierung dem Reichspräsidenten vorschlägt, auch ein Teil der Wünsche der Nationalsozialisten erfüllt. Die Reichsregierung sei eine autoritäre Regierung, frei und unabhängig gegenüber Forderungen parteipolitischer Art. Gerade deshalb glaube sie, das Arbeitsprogramm in breitem Rahmen und abseits von allen Einzelinteressen durchzuführen zu können. Die Reichsregierung hoffe weiter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Boden dieses Programms zu vereinen. Die Vorschläge der Reichsregierung hätten im wesentlichen das Ziel, 1 bis 2 Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozess einzugliedern. Die Grundlage der Tarifverträge und damit ihre soziale Wirkung bleibe in vollem Umfang aufrechterhalten. Das Tarifrecht bleibe bestehen gegen Lohnausbeutung und zur Abwehr etwaiger Willkür der wirtschaftlich Stärkeren. Eine Verkleinerung der Tarifgebiete und durch Trennung nicht zusammengehöriger Berufsgruppen würden Arbeitgeber und Arbeitnehmer einander näher gebracht.

Zum Schluß erklärte der Reichskanzler, von diesem Programm müsse ein starker Impuls ausgehen und im ganzen Volke müsse ein Vertrauensphäre entstehen. In Zukunft müsse jeder Einzelne wieder die Überzeugung haben, daß der Ertrag seiner Arbeit nicht in ein Faß ohne Boden, ins Meer fällt, sondern ihm, seiner Familie, seinen Kindern und dem ganzen Volke wieder zugute komme.

Der Eindruck im Ausland

WTB. London, 20. Aug. (Tel.) Die gestrige Rede des Reichskanzlers wird von den Blättern in spaltenlangen Berichten wiedergegeben. Die rechtskonservative „Morningpost“ schreibt, Herr v. Papen zeige, daß er seine Deutschen, oder auf jeden Fall seine Preußen kenne. „Financial News“ erklärt in einem Leitartikel, Herr v. Papens Rede werde die etwa vorhandenen gemessenen Besorgnisse beseitigen. Es würden keine Maßnahmen ins Auge gefaßt, die die Stabilität der Währung schädigen könnten und es sei auch keine Rede von Autarkie.

WTB. Paris, 20. Aug. (Tel.) Die Blätter haben allgemein hervor, die Rede lege Zeugnis davon ab, daß die Regierung v. Papen im Amte bleiben wolle. Die Rede richte sich an eine nationale Elite, die fähig sei, nachzudenken und auch Andeutungen zu begreifen. „Avenir“ nennt die Rede „die Klugheit selbst“.

Wiesentextilstreit in England. Samstag mittag hat der allgemeine Streik in der Textilindustrie von Lancashire begonnen, von dem 200 000 Arbeiter betroffen sind. Die Arbeit soll solange nicht wieder aufgenommen werden, bis die Differenzen über die Lohnverminderungen und die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter beigelegt sind. Die Unruhen in China und Indien sowie der Wettbewerb Japans haben dazu beigetragen, um die Baumwollindustrie von Lancashire empfindlich zu schädigen. Es besteht kein Zweifel, daß, wenn nicht in absehbarer Zeit eine Lösung des Konfliktes gefunden wird, bald das ganze Land unter den Rückwirkungen dieses Streiks zu leiden haben wird. Nach einer weiteren Meldung wird für heute, Montag, mit 150 000 Streikenden gerechnet. Während des Wochenendes verhandelte die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den einzelnen Betrieben mit dem Ergebnis, daß heute eine Anzahl Fabriken wie gewöhnlich eröffnet wurden. In einigen Fällen einigte man sich örtlich über die Lohnsenkungen, in anderen Fällen liebte die Arbeitgeber die Mittelung über die Lohnsenkungen nicht anzuschlagen.

Der Stand der Danzig-Gebirgsfrage. Am 20. August begannen in Genf die Schlichtungsverhandlungen des bereits in der Zeit vom 13. bis 24. Juli in Danzig zusammengetretenen Sachverständigenausschusses zur Erlangung des Gutachtens in der Danzig-Gebirgsfrage. Die Grundlage der Beratung bildet der Ratsbeschuß vom 10. Mai d. J., der die Verpflichtung Polens zur vollen Ausnutzung des Danziger Hafens feststellt, aber einen Teil der Fragen, vor allem die sogenannte Riflo-Debatte, noch offen läßt.

Das System der Steueranrechnungsscheine

Steuerermäßigung für später — Ein verzinsliches Papier und Kreditunterlage

Wie aus Berlin gemeldet wird, wird das System der Steueranrechnungsscheine, dessen Ankündigung das Kernstück des wirtschaftlichen und finanziellen Teiles der gestrigen Reichstagsrede bildete, voraussichtlich bereits Mitte der neuen Woche durch Notverordnung in Kraft gesetzt werden, und zwar mit Wirkung vom 1. September oder vom 1. Oktober ab. Welcher von diesen beiden Terminen gewählt wird, steht im Augenblick noch nicht fest. Die maßgebenden Stellen haben aber den Wunsch, mit der Anwendung so schnell wie möglich zu beginnen.

Die Steueranrechnungsscheine werden ausgeben: Für die Hälfte der Umsatzsteuer, zwei Fünftel der Gewerbesteuer, ein Viertel der Grundsteuer und für die Gesamtheit der Beförderungssteuer. Am liebsten wird der Plan vielleicht an einem Beispiel:

Nimmt man an, daß jemand für das laufende Jahr 1000 Reichsmark Umsatzsteuer bezahlt, so erhält er einen Steuerbonds in Höhe der Hälfte dieses Betrages, also 500 RM. Diesen Bonds kann er in den Jahren 1934 bis 1938 bei der Anrechnung seiner Reichsteuern einlösen, der Höhe und Verbrauchssteuern mit Ausnahme der Einkommensteuer in Zahlung geben. Die Bonds haben ein Agio, das einer 4prozentigen Verzinsung entspricht. In dem erwähnten Beispiel würde der Steueranrechnungsschein von 500 RM. im Jahre 1934 mit 520 RM., im Jahre 1935 mit 540 RM. usw. eingelöst werden. Im Laufe der genannten fünf Jahre kann ein Fünftel der Steueranrechnungsscheine für die Steuerbegleichung verwendet werden, so daß also auch der Rückfluß systematisch geregelt ist.

Kraftlos bedeutet die Ausgabe der Steueranrechnungsscheine eine Steuerermäßigung. Mit Rücksicht auf seine augenblickliche Klassen- und Finanzlage kann das Reich sie nicht sofort gewähren. Es verteilt sie indessen auf fünf Jahre, gewährt sie aber schon jetzt, indem es ein Papier schafft, das einen inneren Wert hat. Er besteht darin, daß das Reich die Scheine später in Zahlung nimmt. Auf Grund dieses inneren Wertes können die Steueranrechnungsscheine als Kreditunterlage benutzt werden. Der große Vorteil, der sich schon daraus für die Wirtschaft ergibt, liegt auf der Hand.

Ein weiterer Vorteil geht aus folgendem hervor: Die Bonds auf die Beförderungssteuer kommen sehr stark der Reichsbahn zugute, die dadurch in die Lage versetzt wird, zusätzliche Aufträge an die Wirtschaft zu erteilen. Weiter liegt es im Charakter dieser Bonds, daß sich im Laufe der Zeit ein Handel mit ihnen entwickeln wird. Sie sind preisgünstig, weil jeder mit ihnen seine Steuern bezahlen kann und bieten außerdem in der 4prozentigen Verzinsung zweifellos einen Anreiz für anlagejüngende Gelder.

Der Gesamtbetrag dieser Bonds, der bei der Zahlung von Steuern ausgegeben wird, ist vom Reichskanzler bereits auf 1,5 Milliarden Reichsmark beziffert worden. Er hat auch angekündigt, daß weitere 700 Millionen Reichsmark solcher Scheine an Unternehmer ausgegeben werden sollen, die mehr Arbeiter einstellen. Pro Arbeiter und pro Jahr entfällt ein Betrag von 400 RM., so daß also z. B. die Beschäftigung eines Arbeiters für ein halbes Jahr dem Unternehmen einen Anspruch auf einen Steueranrechnungsschein in Höhe von 200 RM. gibt.

Zentrum und Nationalsozialisten

Eine Erklärung Dr. Brüning's

Meldungen über eine angeblich erfolgte grundsätzliche Einigung zwischen Zentrum und NSDAP, werden als falsch bezeichnet. Doch sollen die Verhandlungen zwischen beiden Parteien in dieser Woche weitergeführt werden. Über ihren Ausgang läßt sich jetzt ebenso wenig sagen wie bisher, wohl aber dürfte in Wäde mit einer Entscheidung zu rechnen sein. Reichskanzler a. D. Dr. Brüning teilt mit: „In der „D. Allg. Zt.“ wird die Behauptung aufgestellt, Dr. Brüning verjuche, eine Koalition mit der deutlichen Spitze gegen den Reichspräsidenten zu bilden und die Unterstellung daran genüpft, Dr. Brüning habe geäußert, jetzt gehe er, er komme jedoch wieder, aber dann werde Hindenburg gehen. Demgegenüber stelle ich fest, daß ich eine solche Äußerung nie getan habe. Sie würde zudem das Gegenteil meiner Auffassung und Grundtatsache sein. Soweit ich überhaupt politische Meinungen gehabt habe, dienen sie ausschließlich dem Veruch, den verfassungsmäßigen Weg in der politischen Entwicklung Deutschlands zu sichern.“

Papen antwortet Kerrl. Reichskanzler von Papen hat an den Präsidenten des Preussischen Landtags, Kerrl, ein Schreiben gerichtet, in dem er u. a. ausführt: Wenn Sie der Auffassung Ausdruck geben, daß die gegenwärtige kommissarische Regierung in Preußen dem Preussischen Landtag verantwortlich sei, und daß die Mitglieder dieser Regierung verpflichtet seien, vor dem Landtag zu erscheinen, so vermag ich dieser Auffassung nicht beizutreten. Die kommissarische preussische Regierung leitet ihre Befugnisse lediglich aus der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 her und ist daher für ihre Handlungen nur dem Reichspräsidenten, nicht dagegen dem Preussischen Landtag verantwortlich.

Städt. Konzerthaus Karlsruhe

„Der Graf von Luxemburg“

Wieder muß es unjener Sommer-Operette hoch angerechnet werden, mit welcher ungebrochener Kraft sie nun auch die wohl vorletzte Einstudierung ihrer Saison herausgebracht hat. Dabei zählt „Der Graf von Luxemburg“ von Franz Lehár keineswegs zu jenen neueren Langoperetten, bei denen es auf eine mehr oder minder saubere Wiedergabe nicht besonders ankommt. Das merkte man gleich zu Anfang noch der ein bischen flatterhaften Juliette Vermont von Adele Oberl, die sich aber bald — auch gesanglich einigermassen — rehabilitierte und sich damit in eine Reihe mit den anderen durchweg guten Einzelleistungen stellte. Wir nennen wieder an der Spitze Ida Bauer, weil sich bei ihrer Anrede Didier stimmliche Intensität so prächtig mit schauspielerischer Spannung vereinigte, dann Egid Loritz, dessen gräßlicher René immerhin als eine seiner besten Figuren zu registrieren bleibt. Im ersten Akt sicherte sich weiterhin Otto Schniger durch die seine Abgemessenheit des Komischen, die er dem Fürsten Basil mitgab, einen starken Sonderbeifall in dem von Emil Reigner betreuten Ensemble, das u. a. noch bekannte und beliebte Kräfte wie Leo Macher und Vera Krager beschäftigte.

Am wohlbedienten Gesamterfolg hatten natürlich auch wieder Orchester und Chor — beide unter Bruno Silzers sehr taktvoller und zuweilen doch recht elastischer Leitung — gebührenden Anteil. Rudolf Balat, der erstmals für die Ausstattung verantwortlich zeichnete, hatte auf unzeitgemäße Proberei zwar verzichtet, ohne jedoch dadurch die notwendige dekorative Illusion, zumal im Schlußbild, zu gefährden. S. Sch.

38. Deutscher Weinbankongress in Neustadt a. d. S.

In Anwesenheit führender Persönlichkeiten des Weinbaues und des Weinhandels sowie der staatlichen und städtischen Behörden wurde am Samstagmittag die aus Anlaß des 38. Deutschen Weinbankongresses veranstaltete deutsche Fachausstellung in Neustadt a. d. S. feierlich eröffnet. Die öffentliche Kongressfeier im großen Saale des „Saalhaus“ wurde geleitet von dem Präsidenten des Deutschen Weinbauverbandes, Herrn von Scharlemer-Bieser, der insbesondere den bayerischen Innenminister Dr. Stübel herzlich willkommen begrüßte.

Anschließend referierte Herr von Linina, Vorsitzender der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, über die Krise der westdeutschen Landwirtschaft, vor allem des Weinbaues. Zur organisatorischen Überwindung der katastrophalen Verhältnisse in Deutschland sei eine Verbreiterung der „tragenden Schicht der Volkswirtschaft“, auf der sich alles andere wirtschaftliche aufbaue, also besonders der landwirtschaftlichen Produktion, vorzuziehen, und deshalb sei die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Bodennutzung, einschließlich des Weinbaues, im Interesse der gesamten Volkswirtschaft notwendig.

In der Gesamtschau der erhaltene Generalsekretär Dr. Fahrnschön einen ausführlichen Tätigkeitsbericht. Daraus geht hervor, daß die Verschuldung des deutschen Weinbaues rund 150 Millionen Reichsmark beträgt, davon 100 Millionen kurzfristig. Oberregierungsrat Schäfer vom Reichswirtschaftsministerium teilte mit, daß die Erntefinanzierung im letzten Jahre sich bewährt habe und daß auch jetzt die Aussicht bestehe, den Wünschen des Weinbaues in dieser Hinsicht gerecht zu werden. Schwierig sei die Frage der Aufhebung der Zudersteuer, ebenso die der Umschuldung. Über die Frage der Bemessung zum Vermuth, 15 Prozent, und zum Weineffig, 33 Prozent, werde am 6. September eine Verordnung erscheinen.

Die Aussprache fand ihren Niederschlag in einer Entschließung, worin u. a. gefordert wird: Eine Regelung, die ähnlich wie im vergangenen Jahre, die diesjährige Weinrente in einem bestimmten Ausmaße finanziert, die diesmal aber durch die Aufhebung der Zudersteuer für den zur Weinverbesserung notwendigen Zuder ergänzt werden müsse, um voll wirksam werden zu können. Dann wird eine stärkere Abborgerung der ausländischen Weineinfuhr durch die Festsetzung mäßiger Kontingente, die Aufhebung der Gemeindegrenzsteuer, die Ermäßigung der Umsatzsteuer für Wein auf den früheren Satz von 0,85 Prozent, verschärfte Kellerkontrolle und die Vereinfachung von Mitteln zur Weinabfahrförderung im In- und Auslande verlangt. Die rechtzeitige Erfüllung dieser Forderungen vor der kommenden Ernte bezeichnet der Deutsche Weinbauverband als unerlässlich, wenn der deutsche Weinbau nicht in aller Kürze zusammenbrechen soll.

Es wurde beschlossen, im Hinblick auf die schlechte wirtschaftliche Lage des Deutschen Weinbauverbandes bis auf weiteres nur alle zwei Jahre zu veranstalten. Als Ersatz soll jeweils eine Sitzung des Gesamtkongresses stattfinden, die erste also im kommenden Jahre, und zwar voraussichtlich in Stuttgart. Als Tagungsort des Weinbankongresses 1934 wurde Bad Arcusnach bestimmt.

Kleine Chronik

Amtsgerichtsrat Wibel, der Vorsitzende im Lübecker Calmette-Prozess, ist am Samstagmittag in Hamburg freiwillig aus dem Leben geschieden. Er war aus dem Sanatorium zurückgekehrt und sollte am 15. September seinen Dienst beim Amtsgericht Lübeck wieder aufnehmen.

In der Angelegenheit der Handgranatenanschläge in Schleswig-Holstein sind vier weitere SS-Mitglieder verhaftet worden.

Das Sondergericht Göttingen verurteilte zwei Angeklagte, die Polizeibeamte angegriffen hatten, zu einem Jahr Zuchthaus. Wegen eines Feuerüberfalles auf einen Berliner Polizeibeamten wurden von dem Berliner Sondergericht zwei Angeklagte zu zehn Jahren Zuchthaus und zwei zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt.

Bücherrevisor Holtz von der Webwaren-Einkaufsgesellschaft Hamburg ist im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Unterschlagung bei der Gesellschaft in Höhe von 400 000 RM. verhaftet worden.

Der Sohn des bekannten französischen Autoreifenfabrikanten Michelin ist am Samstag mit seinem Privatflugzeug bei Clermont-Ferrand tödlich abgestürzt.

Weim Abschluß der Friedenskundgebungen in Bierville (Frankreich) wurden bei einem Kinderfest Sprengpatronen zur Explosion gebracht. Mehr Personen wurden verletzt.

Die Frankfurter Goethe-Woche

und mit ihr das Goethe-Jahr lang am Sonntag mit einer Veranstaltung in der Paulskirche aus, bei der Reichsinnenminister von Gahl eine Rede hielt. Der Goethe als den großen Deutschen kennt, wer ihn liebt und ehrt, muß in seinem eigenen Kulturstreben sich zur deutschen Kultur bekennen, als einer starken Grundlage der Kraft unseres Volkes. Wenn auch die Kultur eines Volkes sich nach eigenen Gesetzen aufbaut, so ist es doch Aufgabe jeder pflichtbewußten Regierung, ihre Maßnahmen im weitesten Sinne und auf allen Gebieten des Regierens so zu treffen, daß sie die eigene Kultur des Volkes fördern und alle aufbauenden Kräfte stützen und alle lediglich niedererziehenden hindern. Im Goethehaus fand vormittags die feierliche Überreichung des Frankfurter Goethe-Preises an Gerhart Hauptmann statt. Der Dichter hat den Betrag der Stiftung je zur Hälfte dem Deutschen Hochstift und notleidenden deutschen schaffenden Künstlern zur Verfügung gestellt.

Der Reichspräsident hat aus Anlaß der Goethe-Jahrhundertfeier in Frankfurt a. M. dem italienischen Ministerpräsidenten Mussolini, dem französischen Ministerpräsidenten Gerolot und dem portugiesischen Kultusminister Ramos sowie zahlreichen in- und ausländischen prominenten Männern, die sich um Kunst und Wissenschaft verdient gemacht haben, die Goethe-Medaille verliehen.

Die Eröffnung einer katholischen Universität in Rowno in den der litauischen Regierung verboten worden.

